

# Volks-Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1922 Nr. 105 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 215

**Bezugspreis:** monatlich 12 Pf. — ohne Gebühren, Belegungen nehmen keine. **Morgen-Ausgabe** **Freitag, 3. März** **Anzeigenpreis:** Die 6te Sp. 14 mm breite 1000 mal 1600 A. Die 5te Sp. 90 mm breite 1000 mal 1600 A. Die 4te Sp. 100 mm breite 1000 mal 1600 A. Die 3te Sp. 100 mm breite 1000 mal 1600 A. Die 2te Sp. 100 mm breite 1000 mal 1600 A. Die 1te Sp. 100 mm breite 1000 mal 1600 A. **Geschäftsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62, Fernruf: Zentrale 7801, Adressen von 7 Uhr an Redaktion 5409 und 5410. - Druck: Zentrale 7801, Adressen von 7 Uhr an Redaktion 5409 und 5410. **Geschäftsstelle Berlin:** Hamburger Str. 30, Fernruf: Am Karli 71 4290. Große Berliner Schriftleitung. - Verlag: A. Bruns von Otto Heile, Halle-Saale

### Heimat- und Königsbund

#### Die monarchische Bewegung in Bayern

Am 12. März wird in Regensburg der Oberpfälzer Stammsverband der bayerischen Heimat- und Königsbundes, der sich als eintragester Verein in München bei den Wärrern in der Königsfeier bilde, unter Führung von Dr. Heim und dem Regensburger Domdekan Dr. Sieff, des früheren Würzburger Universitätsprofessors, gegründet werden und große Bedeutung gewinnen, da er sein mit seinen bayerischen Organisations und der Regensburger Domdekan sich an die Spitze des vorbereitenden Ausschusses gestellt haben. Die alte bayerische Volksgemeinschaft mit einem König wird als das Mittel unserer Heimkehr erklärt, deren erstes Ziel die Heimat sein sollte. Die Überwindung und mauernde der Bayern aufeinander, dem Vaterlande die überlieferte Staatsform wiederzugeben.

### Was das Erzberger-Büro zerschlug

Ein Teil der deutschen Presse erhob wiederholt Klage darüber, daß die Wudapresse Polizei angeblich die Anwesenheit der Wudapresse in Wudapetz gebühde habe. Diese Unterstellung kann nur, so wird in Wudapetz offiziellen Kreisen verurteilt, aus der Quelle der bolschewistischen Propaganda kommen, der es gelungen ist, einen Teil der heimischen und internationalen Presse irreführen zu lassen. Die ungarische Presse gibt ihrem Schreien den besten Ausdruck, daß es deutsche (d. h. deutschfreundliche) Mäler gibt, die selbst noch den offiziellen und auf unabweisbaren Beweisen gestützten Erzberger-Verurteilungen der ungarischen Volksbeobachtungsamt an ihren Verdächtigungen beharren. Die Verträge, die Ungarn an Deutschland haben, seien zerfallen, aber Ungarn könne die Bande der Sympathie, die es mit dem gleichen schweren Schicksal betroffenen deutschen Volk verbindet, nicht zerreißen. Solche Mitteilungen der deutschen Presse seien aber keineswegs geeignet, die Brüder zwischen den beiden Nationen wieder zu heilen.

Die Koalitionsparteien haben immerzu sein Verhalten getadelt, zu verurteilt, eines Erzbergers willen das deutsche Volk in einen Bürgerkrieg zu geben. Das prächtige „Erzbergerbüro“ hat in Bayern mit seiner geradezu widerlichen Verhöhnung das bestergrößte Mißbehagen ausgelöst, und es ist jetzt im Begriff, die ungarisch-deutschen Beziehungen zu vergiften. Es ist sehr verständlich, daß der Wudapetz seine Äußerungen nicht, wenn z. B. aus die sozialistische Presse, die hier besonders tätig ist, in der Erinnerung des Wudapetz Stürgs bis heute noch kein Wort gefunden hat; aber es ist eben selbstverständlich, daß ein solches Verhalten nicht die deutschen innen- und ausenpolitischen Beziehungen begünstigen können. Deshalb ist es dringend geboten, daß das „Erzberger-Büro“ in die Grenzen gewiesen wird, die auch für die rechtlichen Befugnisse einer böhischen Staatsanwaltschaft gezogen sind.

### Unter feindlichem Joch!

Die Wudapetzkonferenz hat sich gestern in Paris, 2. März, unter der Aufsicht der französischen Regierung abgehalten. Der englische Wudapetzführer Garbin brachte ein neuerliches Schriftstück des Foreign Office zur Besprechung, in dem dieser an der Durchführung der von Frankreich vorgebrachten Gründe festhielt.

### Clond Georges Rücktrittsdrohung

Eine Londoner Meldung der hier erscheinenden „Solange“ enthält, daß Lord George an Anfin Chamberlain einen Brief gerichtet hat, in dem er ihm auseinanderzusetzen, daß er nicht länger mit ihm zusammengehen könne, wenn die George Hauger als Vorsitzender der Konferenz Partei auftreten dürfe. Er sei nämlich, mit Chamberlain und Hauger zusammenzuarbeiten, solange sie Vertreter der Parteien seien. Der Ministerpräsident kündigte den Führern des unionistischen Lagers der Koalition an, daß sie zwischen zwei Alternativen wählen müßten, entweder sei die Koalition vollkommen loyal oder er trete als erster Minister und Führer der Koalition zurück.

Wie gestern abend hat sich in der politischen Krise nicht geändert, in dessen deutlichen Anschein darauf hin, daß die Anstalten der gemäßigten Richtung alles tun, um die Koalition zu retten. „Daily Chronicle“ erklärt, daß die Wudapetzführer Clond George gegen die Unverhältnissen in der konservativen Partei und beabsichtigt, die demnach öffentlich zu fragen, welches ihre Politik sein würde, wenn sie die Koalition mitgekommen hätten. „Weltmeister Gazette“ fragt: Die Koalition sei zerbrochen, weil sie ein unauflösliches Joch mit der Koalition und Kompromissen und Ausfädelungen gewonnen hat. „Daily Telegraph“ schreibt: In wohnunterstützten Kreisen herrscht die Hoffnung vor, daß die Schwierigkeiten überwunden werden, und daß die Koalition vor einem Bruch be-

wahrt werden wird. Laut „Times“ bestehen scharfe Gegenstände in der unionistischen Partei hinsichtlich der Frage, ob man Clond George folgen soll. Das Blatt meint: Wahrscheinlich wird die große Mehrheit der Führung Chamberlains folgen. In einigen Kreisen wird vorgeschlagen, Wudapetz aufzufordern, ein „Verlegenheits“-Kabinett zu bilden, und zwar mit Unterstützung der Unionisten, die eine ausreichende Mehrheit über alle übrigen Parteien im Unterhaus besitzen. Inzwischen wurde eine solche Regierung mit der Zeit auf Schwierigkeiten stoßen.

### Der Rechtszustand in Oberschlesien

Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag den Entwurf folgenden Gesetzes zur Beschäftigung ausgehen lassen: Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Verordnungsweg diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zur Überwindung des Rechtszustandes in Oberschlesien in dem auf Verfall des Verfallsvertrages befestigten Teile von Oberschlesien erforderlich sind, sobald seine Verwaltung von den deutschen Behörden wieder übernommen ist.

### Königsberg, bolschewistischer Stapelplatz

Königsberg, 1. Fr., 2. März. Der auf Einladung des Reichsministers eingetroffene Bevollmächtigte des Reichstages des Oberen Volkswirtschaftsrates in Moskau und des Volkswirtschaftsrates in Weiß-Russien (Winn), Professor Halperin, erklärte in einer Sitzung des Wirtschaftsrates für Ostpreußen und die Randprovinzen, daß auch Vertreter der Königsberger Gewerksamter heimkehren, die Sowjetregierung beabsichtige, auf einen Teil der Aus- und Einfuhr über Königsberg zu setzen und in Königsberg ein Stapellager zu errichten. Halperin hat außerdem Auftrag, in Deutschland eine Einrichtung für das Biochemische Institut in Wostok zu lassen. Halperin legte sich von hier aus wieder nach Berlin und Leipzig.

### Ein Mahnwort Hindenburgs

Hannover, 2. März. Gelegentlich der Einweihung der kaiserlichen Speisehalle, die gestern vormittag im Reichsgebäude stattfand, war neben den Spitzen der Behörden und Vertretern der hannoverschen Industrie als Generalschirmherr von Hindenburg erschienen. Als während der Feier ein Kriegsteilnehmer der Studentenliste als Vorhild den Generalschirmherrn von Hindenburg hinstellte, erhob sich Hindenburg mit Begeisterung. Sein Herz gehe der Jugend. Er bräute keine Freude aus, hier den Geist zu finden, der uns wieder in die Höhe bringen werde. Hindenburg sagte: „Gott erhalte uns den Geist von 1914. Wenn wir diesen Opfergeist nicht haben, dann enden wir mit Schande.“

### Wiederaufnahme des Jagow-Prozesses?

Wie der „Tag“ hört, hat Herr v. Jagow, der gegenwärtig in Gollnow i. B. seine Festungstrafe verbüßt, seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Grünwaldt in Berlin, erlucht, das Wiederaufnahmeverfahren beim Reichsgericht in Leipzig zu betreiben und zu diesem Zweck seinem Verteidiger entsprechende Beweismaterial überbringt. Das Wiederaufnahmeverfahren des Prozesses beim Reichsgericht ist nach § 309 der Strafprozeßordnung bei ermittelten tatsächlichen Entscheidungen möglich, wenn der Verurteilte neues Beweismaterial beibringt in der Lage ist, daß die strafrechtliche Handlung, wegen deren die Verurteilung erfolgt ist, in neuem Licht erscheinen läßt. Bei Zulassung des Wiederaufnahmeverfahrens hat das Gericht die Möglichkeit, die Vollstreckung des Urteils der ersten Instanz aussetzen oder die Bewährung der Strafe zu untersuchen. Nach § 407 der Strafprozeßordnung liegt die Entscheidung über die Wiederaufnahme des Verfahrens bei dem Gericht, das in erster Instanz das Urteil gesprochen hat.

### Eine neue Rede Noskes

Im Rahmen einer von der Sozialdemokratischen Partei in Wilhelmshafen veranstalteten Versammlung hielt Oberpräsident Noske eine Rede, in der er u. a. erklärte, die Schaffung einer reinen Arbeiterregierung sei das höchste Streben der Sozialdemokratie; es müßte dann aber auch die Mehrheit dahinterstehen, was heute nicht der Fall sei. Wer eine Diktatur der Minorität entfessele, stürze das Reich in den Abgrund. Die Bauern könnten nicht mit der Polizei zur Arbeit gezwungen werden. Die politische Revolution sei vorüber; die wirtschaftliche noch lange nicht. Die Sozialisierung könne nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Ein wirtschaftliches Emporkommen erfordere die innige Zusammenarbeit zwischen Hand- und Maschinenarbeit. Bei Verkürzung der auswärtigen Politik und des Eisenbahnerstreiks betonte Noske, daß 80 Millionen Menschen Deutschlands Lage nicht kennen. Die Sozialdemokraten aller Länder würden sich in der nächsten Zeit zusammenfinden, um über die Abmilderung des Friedensvertrages zu beraten. Er warte wohl, um den Arbeitern wieder Geld in die Taschen zu stecken. Aber auszuführen...

(Die Red.) Die nächsten Wochen könnten schwere Erschütterungen bringen. Aufgabe des deutschen Volkes sei es nun, nicht den Glauben an sich selbst zu verlieren und vorwärts zu schauen.

### Noch einmal Genossenschaft und Umsatzsteuer

Von Dr. Kaufhold, Mitglied des Pr. Landtags. Es ist leider festzustellen, daß draußen im Lande, zum Teil mit Unrecht, gehört von einigen wirtschaftlichen Verbänden und politischen Parteien, noch immer eine starke Erregung gegen die Deutschnationale Volkspartei besteht wegen des Beschlusses, den der Steuerausgleich des Reichstages bei der ersten Sitzung des jetzt dem Reichstag zur Beratung vorgelegten Umsatzsteuergesetzes getroffen hat und der die Befreiung von der Umsatzsteuer vorlieht „bei der Genossenschaft, die einem Berufsverbande angehört und die der gemeinschaftlichen Verwertung von Erzeugnissen der Genossen oder der gemeinschaftlichen Einfuhr für die Genossen dienen“. Diese Steuerbefreiung sollte aber nur gelten für „denjenigen Teil des Umsatzes, der den für die Erzeugung der Genossen oder dem für die eingefahrenen Waren oder für die Herstellung der Güter gezahlten Entgelte entspricht“.

Es ist bereits darauf hingewiesen, daß leider mit diesem verunglückten Beschluß von genossenschaftlicher Seite aus ganz bestimmten Gründen eine höchst verwerfliche Agitation getrieben wird, unter völliger Verdrängung der Tatsachen und Umstände, unter denen der Beschluß zustande gekommen ist. Wir stellen hiermit noch einmal fest: Es ist kein gemeinsamer Antrag Sammer-Breitheid, es ist auch kein Antrag Sammer-Storchhaus-Breitheid, sondern es sind zwei Anträge, der eine gestellt von dem Hg. Sammer und den deutschnationalen Ausschüßmitgliedern, und der zweite, gestellt von dem Hg. Breitheid, unterlieht von beiden totaldemokratischen Fraktionen. Diese Anträge fanden im Ausschüß solche Zustimmung, daß nur ein einziger Abgeordneter, nämlich der Hg. Dr. Hugo von der Deutschen Volkspartei, Bedenken gegen den Antrag erhob, weil er „eine Verengung der Genossenschaft gegenüber dem freien Handel“ darstellte. In der Abstimmung schließlich über den Antrag hat aber Herr Dr. Hugo selbst nicht mehr teilgenommen, und die drei anderen Mitglieder der Deutschen Volkspartei, nämlich die Hg. Dr. Scholz, Dr. Richter und Dr. Becker-Selien, haben für den Antrag gestimmt. Es ist auch nicht richtig, daß der Hg. Dr. Hugo, wie er neuerdings behauptete, einen Abminderungsantrag gestellt habe. Dieser Antrag würde nur von dem totaldemokratischen Hg. Dr. Richter-Röll gestellt (Nr. 209 der Drucksachen des 11. Ausschusses des Reichstages).

Nach den mir gewordenen Mitteilungen ist der Antrag auf Steuerfreiheit der Genossenschaften mit 25 gegen 2 Stimmen, nach anderer Bestimmung sogar einstimmig gegen eine Stimmenthaltung angenommen worden.

Das Ziel muß dahin gehen, den Beschluß erster Lesung wieder völlig zu heilen. Mit der Herauslösung der Konsumverträge ist es an sich nicht getan, es müssen auch alle diejenigen Ein- und Verkaufsbereine bei der Steuerfreiheit ausgenommen werden, die in erheblicher Weise dem freien Gewerbe und dem freien Handel Konkurrenz machen. Nur mit einem kann man sich überwinden erklären. Das ist folgendes: Es haben sich sowohl im Gewerbe, wie in der Landwirtschaft viele Genossenschaften gebildet, in die die Genossen ihre Erzeugnisse liefern und die dann, gesammelt, von der Genossenschaft weiter verkauft werden. Es gibt z. B. Genossenschaften von Fischern, von denen die eine Stühle, die andere Tische, die dritte Schränke und eine vierte vielleicht Bettstellen herstellt. Diese einzelnen Erzeugnisse der Genossen werden dann in einem gemeinsamen Verkaufsraum verkauft. Es gibt Genossenschaften von Schneidern, von denen die eine Socken, die andere Westen, eine dritte die Hosen, andere wieder Bekleidung und Mäntel herstellt, und die dann ebenfalls in einem gemeinsamen Verkaufsraum verkauft werden. Es gibt Genossenschaften von Landwirten, von denen die Milch in einer Molkerei gesammelt, entweder sofort weiter verkauft oder zu Butter und Käse verarbeitet wird. Es gibt auch Genossenschaften von Landwirten, die ihre Kartoffeln oder Zuckerrüben in einer gemeinsamen Brennerei oder Stärkefabrik oder Zuckerfabrik verarbeiten lassen. In all diesen Fällen muß die Umsatzsteuer zweimal bezahlt werden. Das war noch zu ertragen bei einer Umsatzsteuer von 1 vom Tausend, bei einer Umsatzsteuer von 2 oder 2,5 v. S. wird aber diese Steuer schon eine schwere Last und eine schwere Verdrängung. Wenn daher der Ausschüß und danach auch der Reichstag beschließen würde, daß bei solchen Genossenschaften, die der gemeinschaftlichen Verwertung von Erzeugnissen der Genossen dienen, die Lieferung von zu verarbeitenden Rohstoffen durch die Genossen an die Genossenschaft steuerfrei sein soll, so würde ein solcher Beschluß kaum angefochten werden können. Das ist das Ziel, worauf die Deutschnationale Volkspartei hinstreben muß. Jede weitere Verengung durch die Genossenschaften muß auch von ihr entgegnet werden.







Wohlhabende Leute... Berliner Produktmarktpreise...

Berliner Produktmarktpreise.

Table with columns for product names (e.g., Weizen, Roggen, Hafer) and prices. Includes sub-sections for 'Anteilige Notierungen für 1 Zentner ab Station' and 'Nichtanteilige Rohfütter-Notierungen'.

Table of stock prices for Leipzig, including Chemischer Bankverein, Leipziger Hypothek-Bank, and various industrial stocks like Leipzig Malzfabrik.

Table of Berlin metal prices (Metallnotierungen) for various grades of copper, zinc, and aluminum.

Table of exchange rates (Devisen-Notierungen) for various international locations like Amsterdam, Buenos Aires, and London.

Berlin Metallnotierungen.

Text regarding metal prices and market conditions, mentioning 'Berliner Metallnotierungen' and 'Metallnotierungen'.

Berliner Börse vom 2. März 1922.

Main table of the Berlin stock exchange for March 2, 1922. Columns include 'heute gestern' (today/yesterday) and various stock categories like 'Festverzinsl. Wertpapiere', 'Bankaktien', 'Schiffahrts-Aktien', 'Stadtmittel', 'Pfundbriefe', 'Ausland. festverzinsliche Wertpapiere', 'Berliner Brauereien', 'Auswärtige Brauereien', and 'Kolonialwaren'.





